Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Haushaltsrede von Bürgermeister Klaus Pipke bei Einbringen des Haushaltsentwurfes 2013 am 1. Oktober 2012

–– Es gilt das gesprochene Wort! ––

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2009 im Herbst 2008 war die letzte ohne Hinweis auf die Euro-Schulden-Krise. Damals blickten wir zurück auf das erste Jahr der Stadtbetriebe Hennef AöR, das erste Haushaltsjahr nach NKF, und das erste Jahr nach dem Ende des Haushaltssicherungskonzeptes. Der Ausblick damals war besser als die Realität seitdem. Und doch: Wir haben mittlerweile einen neuen Naturwissenschaftlichen Trakt und eine Mensa am Gymnasium und außerdem eine Mehrzweckhalle gebaut. Für die Bauten am Gymnasium haben wir uns schweren Herzens wieder in die Nettoneuverschuldung begeben. Wir haben dem Druck durch die Wirtschafts- und Finanzkrise stand gehalten. Wir haben es geschafft, die Kita Siegbogen trotz der unzureichenden Fördermittel zu finanzieren. Wir haben das Generationenhaus auf den Weg gebracht, Hennef-Mitte nahezu abgeschlossen, das Neubaugebiet „Im Siegbogen“ vermarktet, den S-Bahn-Haltepunkt und die Brücke Bodenstraße eröffnet. Wir werden 2013 das sechste Jahr ohne HSK haben, wir werden wieder ein Haushaltsjahr ohne Nettoneuverschuldung haben und die Gesamtschuldenkurve zeigt auf lange Sicht nach unten. Wir haben die Gradwanderung zwischen Ausgaben und Sparen gewagt und haben sehr viel geleistet.

Das darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Situation Jahr für Jahr schwieriger wird. Nicht nur in Hennef, sondern letztlich in allen Kommunen. Denn das Handlungsprinzip bleibt ja das gleiche: Kommunen werden in die Pflicht genommen, aber die Finanzmittel zur Erfüllung dieser Pflichten werden ihnen nicht gegeben.

Das Hin und Her um die Fördermittel für den U3-Ausbau an der Kita Siegbogen haben sie alle miterlebt, wie ja überhaupt der U3-Ausbau das Paradebeispiel dafür ist, dass immer wieder gegen das Konnexitätsprinzip Dinge von Bund und Land eingefordert werden, ohne dass eine ausreichende Finanzierung dafür zur Verfügung gestellt wird.

Nehmen Sie als ein neues Beispiel das Thema Inklusion. Ohne Frage ist das ein enorm wichtiges Thema und es ist ganz richtig, dass sich Politik und Gesellschaft ihm nun ganz deutlich annehmen – gerade im Hinblick auf unsere Schulen und auf gleichberechtigte

Bildungschancen für alle. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Aber ich befürchte, da kommt der nächste große Brocken auf uns zu. Der Entwurf des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes macht ganz deutlich, dass die selbstverständlichen Orte der sonderpädagogischen Förderung künftig „die allgemeinen Schulen“ seien. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW hat dieser Tage als Reaktion auf den Gesetzentwurf darauf hingewiesen, „*dass auf die Kommunen kurz- und mittelfristig erhebliche finanzielle Belastungen zukommen*“. Die Kommunen sind aber schon lange an der Grenze der Belastbarkeit und es fragt sich, wie viele Kommunen ein weiteres Großprojekt ohne ausreichende finanzielle Hilfen überleben. In Gefahr sind da immer zwei Dinge: Einerseits die kommunale Selbstverwaltung, die in finanziellen Zwängen aufgerieben zu werden droht oder durch genehmigungspflichtige Haushalte de facto aufgehoben wird. Andererseits die jeweiligen Projekte, die allesamt gut und richtig sind, aber früher oder später nur noch im Hinblick auf die unzureichende Finanzierung diskutiert werden. Das wichtige Thema Inklusion hat das nicht verdient und auch das Thema U3 ist eigentlich zu bedeutsam, als dass es immer nur unter dem finanziellen Aspekt betrachtet werden sollte.

Wir werden – wie gesagt – auch 2013 unsere eigenverantwortliche finanzielle Selbstverwaltung erhalten. Der **Ergebnisplan des Haushaltsentwurfes 2013** verzeichnet rund 90,5 Millionen Euro ordentliche Erträge und rund 93,7 Millionen Euro ordentliche Aufwendungen. Im Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit schließt er mit einem Minus von rund 3,2 Millionen Euro ab. Verrechnet mit Finanzerträgen in Höhe von 910.000 Euro und Zinsen und Finanzaufwendungen in Höhe von 5,3 Millionen Euro ergibt sich ein Jahresergebnis von minus 7,6 Millionen Euro. Verarbeitet ist bereits die 1. Modellrechnung zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2013 (GFG 2013). Einige Parameter konnten wir natürlich noch nicht einarbeiten, so die regionalisierte Novembersteuerschätzung die 2. Modellrechnung zum GFG 2013, das im November in den Landtag kommt, und die Eckdaten zum nächsten Doppelhaushalt des Kreises und damit die Höhe der Kreisumlage.

Den Ausgleich des Defizites werden wir über die allgemeine Rücklage leisten, die wir damit um knapp unter zehn Prozent verringern. In den Folgejahren wird sich das Bild insofern nicht ändern, als dass wir weiterhin, wie das mittlerweile in so gut wie allen Kommunen der Fall ist, auf die Rücklagen zurückgreifen müssen, also das Eigenkapital weiter verzehren, um einen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können. Allerdings bleiben wir 2014 bereits wieder knapp unter der 5-Prozent-Hürde des Haushaltssicherungskonzeptes. Mit anderen Worten: das gefürchtete HSK können wir vermeiden. Möglich wird das aber nur sein, wenn wir einerseits weiter jede Sparmöglichkeit nutzen, andererseits aber die Hebesätze für die Gewerbe- und die Grundsteuer um 35 anstatt der bislang vorgesehenen 25 Punkte anheben.

Beide Hebesätze sollten ohnehin ab 2013 angehoben werden, so war es mit dem Haushalt 2011 beschlossen worden. Wir hatten die Hoffnung, dass eine tatsächliche Erhöhung am Ende doch nicht nötig sein würde, die Erhöhung stand also unter Vorbehalt, aber leider sind die Rahmendaten nicht so, dass das möglich wäre – im Gegenteil: Wir brauchen diese zusätzlichen Einnahmen und müssen hier die Stellschraube nach der Verabschiedung des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes durch den Landtag NRW am 13. September 2012 noch einmal anpassen. Der Hebesatz der Grundsteuer B stiege demnach auf 475 Prozent, der der Gewerbesteuer auf 470 Prozent. Die Hebesätze ändern wir damit erstmals nach zehn Jahren. In den Entwurf des Haushaltes, der ihnen heute vorliegt, konnten wir das noch nicht übernehmen. Denn als das NKF-Weiterentwicklungsgesetz verabschiedet wurde, war unser Entwurf schon im Druck und wir konnten die damit verbundenen Änderungen nicht mehr berücksichtigen.

Der **Finanzplan** für 2013 verzeichnet im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Minus von rund 2,4 Millionen Euro und im Saldo der Investitionstätigkeiten ein Minus von rd. 3 Millionen Euro. Das Saldo aus Finanzierungstätigkeit, also Kreditaufnahme und Tilgung, verzeichnet ein Minus von 601.322 €. Ein – sozusagen – positives Minus, denn das ist der Betrag, um den wir uns entschulden. Trotz nach wie vor angespannter Finanzlage werden wir 2013 also wieder mehr Schulden tilgen als neue Schulden aufnehmen. Lediglich in 2010 und 2011 war eine Nettoneuverschuldung aufgrund der Umbaukosten am Gymnasium nötig. Wie geplant kommen wir nun ohne Nettoneuverschuldung aus und werden dies auch in den kommenden Jahren so einhalten. Der Gesamtschuldenstand der Stadt wird demnach in den kommenden Jahren weiter sinken. Nach einem Spitzenwert von 94 Millionen Euro 2003 haben wir trotz aller Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren in Hennef umgesetzt haben, diesen auf 82 Millionen 2011 gedrückt. Nach den letzten beiden Jahren ist er wieder gestiegen, aber die Kurve zeigt für die nächsten Jahre wieder nach unten.

Zu danken haben wir das übrigens auch der großen Disziplin der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Bei der Aufstellung des Haushaltes 2013 haben wir in allen Bereichen den Gürtel enger geschnallt, haben Etats weiterhin nicht erhöht und teilweise noch weiter gesenkt. Von daher freut es mich, dass sich die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem letzten Tarifabschluss auch im Geldbeutel bemerkbar machen.

So sehr ich es ihnen gönne, kann man anhand der Personalkosten aber auch sehen, welche Summen ein Haushalt zu verkraften hat, auf deren Höhe man letztlich keinen Einfluss hat. Die Personalkosten lagen 2010 bei 21,1 Millionen Euro. 2011 waren sie auf 22 Millionen gestiegen. 2012 liegt der Haushaltsansatz bei 22,66 Millionen, 2013 bei 24,8 Millionen.

Und in einem zweiten gewaltigen Haushaltsposten sind unsere kommunalen Einflussmöglichkeiten ebenfalls mehr als begrenzt: Ich meine die „Transferaufwendungen“, also vor allem die Sozialleistungen und die Kreisumlage, die 2010 bei 33,6 Millionen lagen und 2013 mit 37,7 Millionen angesetzt sind. Alleine die Kreisumlage schlägt mit über 20 Millionen Euro zu Buche. Personalkosten und Transferaufwendungen lagen demnach 2010 zusammen bei 54,7 Millionen, 2013 sind es 62,5 Millionen Euro. Alleine diese beiden Posten machen fast 70 Prozent des ordentlichen Aufwandes 2013 aus. Und die Veränderung von 2010 zu 2013 ist eine Steigerung um 14,2 Prozent oder 7,8 Millionen Euro.

Ich sage es noch einmal: wir erhalten allen Pflichten und Lasten zum Trotz unsere eigenverantwortliche finanzielle Selbstverwaltung und können noch Projekte angehen, die für die Zukunft unserer Stadt wichtig sind. Eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre wird dabei sicherlich die Einrichtung einer weiterten Gesamtschule sein, die wir zunächst einmal mit dem Arbeitstitel Gesamtschule Hennef-West führen. Sie steht ja auch heute hier auf der Tagesordnung.

Natürlich steht das weitere Prozedere unter dem Vorbehalt ihres Beschlusses heute und den tatsächlichen Anmeldezahlen im nächsten Frühjahr.

Ich freue mich sehr, dass wir bislang in dieser Frage in einem breiten Konsens agieren. Ob Lehrer oder Eltern, ob im Schulausschuss oder in der Verwaltung: es herrscht große Einigkeit und die Notwendigkeit dieser zweiten Gesamtschule. Ich denke, diese Einigkeit tut der Sache gut und ist auch ein positives Signal in die Bildungslandschaft unserer Stadt. Die Einrichtungsphase, in der die Haupt- und Realschule und die zweite Gesamtschule einige Jahre parallel laufen, dazu die Herausforderungen was Einrichtung und Infrastruktur angeht, wird noch eine ganze Menge Arbeit mit sich bringen und auch nicht ohne Ausgaben über die Bühne zu bringen sein. Da ist es umso wichtiger, dass alle an einem Strang ziehen. Ich möchte daher diese Gelegenheit auch nutzen, allen Akteuren, insbesondere allen Lehrerinnen und Lehrern, allen politischen Vertretern und allen Verwaltungsmitarbeitern zu danken, die sich in den letzten Wochen so intensiv mit der Gesamtschule, ihrer Planung und Konzeption mit der Informationsveranstaltung und der Elternbefragung befasst haben. Danken möchte ich auch den Leitungen der Haupt- und Realschule, sowie den dortigen Lehrerinnen und Lehrern. Uns allen ist klar, das die Pädagogen an beiden Schulen stets eine hervorragende Arbeit geleistet haben, weiter leisten werden und dies auch unter neuen Vorzeichen in auslaufenden Schulen tun werden, so dass jeder dort bereits angemeldete Schüler und jede Schülerin die bestmöglichen Chancen bekommt. Das gilt dann natürlich

auch für die neue Schule, deren pädagogisches Grundkonzept ja bereits erarbeitet wurde. Ich bin überzeugt davon, dass die neue Schule eine Bereicherung für Hennef sein wird.

Manche andere Themen bleiben uns hingegen als Dauerproblem erhalten und behindern weiterhin die Entwicklung – zum Teil ganz massiv. Unser Dauerbegleiter ist die Ortsumgehung Uckerath, die wir heute einmal mehr auf der Tagesordnung des Rates haben. Es geht darum, dass sie auch nach 2015 Teil des Bundesverkehrswegeplanes bleibt. Nachdem das Land NRW die Ortsumgehung als „nachrangig zu planen" eingestuft hat, steht zu befürchten, dass sie bei der für 2015 geplanten Neuauflage des Bundesverkehrswegeplanes unter den Tisch fällt. An der Notwendigkeit hat sich indes nichts geändert. 20.000 Fahrzeuge täglich sind eine unerträgliche Belastung für das Uckerather Zentrum und ein gewaltiger Hemmschuh für die Zukunftsfähigkeit von Uckerath – gerade auch, weil auf Seiten von Rheinlad-Pfalz die B8 breitspurig ausgebaut wird. Das Problem wird also eher größer, als dass es stagniert, von Verringerung gar nicht zu sprechen.

Ein Dauerthema ist leider auch der Fluglärm. Die kürzliche Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums, der NRW-Landesregierung die Einführung eines Nachtflugverbots für Passagierflüge am Köln-Bonner Flughafen zu untersagen, ist ein Sieg der Lobbyisten gegen die Bevölkerung. An diesem Beispiel zeigt sich, dass sich unsere Gesellschaft auf Dauer überlegen muss, was ihr wichtiger ist: wirtschaftliche Interessen oder die Gesundheit der Menschen oder eine verträgliche Förderung beider Interessen. Es ist richtig, dass die Region vom Flughafen profitiert. Es ist aber genau so richtig, dass die Menschen unter nächtlichem Fluglärm leiden. Gefährden wir tatsächlich die Wirtschaftskraft unserer Region, wenn wir nachts für Ruhe sorgen würden? Oder ist das Wohlbefinden der Menschen und eine fluglärmfreie Nachtruhe zwischen 22 und 6 Uhr nicht am Ende der größere Gewinn, zumal sich dann ja auch das Problem entwicklungshemmender Lärmschutzzonen ganz anders darstellen würde? Kurz: Wir stehen weiterhin für ein echtes Nachtflugverbot. Das Ziel ist und bleibt eine Kernruhezeit für den Passagierflugverkehr und den Frachtflugverkehr.

Wir haben in diesem Jahr zum zweiten Mal die Möglichkeit angeboten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an der Aufstellung des Haushaltes beteiligen. Wieder konnte man über die städtische Internetseite Vorschläge einreichen, diesmal – nach der letztjährigen Kritik – über einen wesentlich längeren Zeitraum von Ende April bis Ende August. 22 Vorschläge sind eingereicht worden und damit doppelt so viele wie 2011. Bei sieben Vorschlägen handelt es sich um Ausgabevorschläge, so zum Beispiel für den Bau einer weiteren Skateranlage und eines weiteren Spielplatzes in Hennef-Ost oder zum Bau einer

öffentlichen Toilette am Busbahnhof (eine ist dort bereits installiert). Die übrigen Vorschläge sind Einnahme- oder Einsparvorschläge. So wird unter anderem vorgeschlagen, die Parkgebühren auf städtischen Parkflächen im Innenstadtbereich zu erhöhen, oder die Laternen in den Dörfern von Mitternacht bis 5 Uhr morgens abzuschalten. Auch bei den Sparvorschlägen, die mit Ausgabevorschlägen verbunden sind, überwiegt der Gedanke, die nächtliche Beleuchtung an bestimmten Stellen ganz oder teilweise abzuschalten. Ich danke den Bürgerinnen und Bürgern, die Vorschläge eingereicht haben herzlich für ihr Engagement Wir werden alle Vorschläge mitsamt einer Erläuterung und einer Bewertung jedes Vorschlages in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Rahmen der Haushaltsberatungen vorlegen.

Zum Schluss darf ich mich wie immer herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, allen voran Kämmerin Eva-Maria Weber, bedanken, die wieder sehr viel Arbeit und Kraft in diesen Plan gesteckt haben. Mein Dank geht darüber hinaus an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, für Ihr Engagement, ihre Kompetenz und ihre große Zuverlässigkeit in diesem wie in allen Jahren. Die Belastungen gerade angesichts knapper Kassen und der stets erhobenen Sparforderung ist groß. Umso mehr freut mich das Engagement der Kolleginnen und Kollegen.

Und ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, für die gute Zusammenarbeit des vergangenen Jahres und möchte Sie bitten, bei Ihren Haushaltsberatungen keine zusätzlichen Ausgaben ohne Deckungsvorschlag zu veranschlagen.

Ich freue mich auf die konstruktive Arbeit zum Besten unserer Stadt auch im kommenden Haushaltsjahr!

Vielen Dank!